tion, während die anderen Mächte noch immer eine kühle Zurückhaltung zeigen.

Die schwebenden Ministerkrisen in Ungarn und Italien sind endlich gelöst. In Ungarn hat die Kossuth-Partei dem vom Kaiser-König mit der Bildung eines neuen Ministeriums betrauten Grafen Khuen-Hedervary, bisherigem Banus von Kroatien, gegen eine erhebliche Konzession (vorläufige Zurückziehung der viel umstrittenen Wehrvorlage) eine Art Waffenruhe bewilligt, worauf denn der Graf die Kabinettsbildung übernahm. Diese ist doch im wesentlichen eine Rekonstruktion des alten Kabinetts, aus dem der Ministerpräsident v. Szell und der Honvedminister Frhr. v. Fejervary ausgeschieden sind; mit letzterem verliert Ungarn einen mutigen Gegner der Kossuth-Partei und der Monarch einen getreuen Beamten. In Italien ist es Zanardelli nach vieler Mühe gelungen, sein Kabinett zu rekonstruieren und die Parlaments- (Deputiertenkammer-) Mehrheit durch eine geschickte Rede zu kaptivieren; doch ist seine Stellung noch keineswegs auf die Dauer gesichert.

Der französische Kulturkampf währt fort, wird im Parlament weitergeführt. Doch könnten die letzten parlamentarischen Verhandlungen die Regierung wohl warnen, den Bogen nicht noch straffer zu spannen, da die jüngsten Debatten und Abstimmungen auf eine beginnende Lockerung des „bloc", der seither dem Ministerium getreuen republikanischen Majorität der Deputiertenkammer, hindeuten. Es gibt eben eine Gruppe gemäßigter Republikaner, die eine Fortsetzung der gegenwärtigen antiklerikalen Politik der Regierung nicht billigen.

Nach wie vor widersprechen sich die Berichte über den Stand der Dinge in Marokko. Im Gegensatz zu den kurz vorher eingegangenen Meldungen wird jetzt gesagt, daß Menebhi, der Oberbefehlshaber der Truppen des Sultans, eine Niederlage von den Truppen des Prätendenten erlitten habe.

Aehnlich verhält es sich mit den Nachrichten über die Lage im Somalilande. Es wurde von einer sehr ernsthaften Niederlage der Engländer berichtet, die ihnen der „tolle Mullah" beigebracht habe; von offiziös-englischer Seite wird jedoch die Nachricht bestritten.

Sehr bemerkt wird das lange Verweilen des russischen Kriegsministers Kuropatkin in Japan, zumal da von russischer Seite ausdrücklich hervorgehoben wird, daß die außerordentlich gastliche Aufnahme, die Kuropatkin in Japan gefunden, die Ursache des verlängerten Aufenthalts sei. Will sich Japan, der Verbündete Englands, mit Rußland befreunden?

Reichstagswahlen.

* Berlin, 28. Juni. Nachdem die gestrigen Reststichwahlen erledigt sind, setzt sich der neue Reichstag zusammen aus 52 Konservativen, 19 Reichspartei, 9 Antisemiten, 100 Zentrum und 2 Hospitanten, 51 Nationalliberalen, 21 Freisinnige Volkspartei, 6 Deutsche Volkspartei, 9 Freisinnige Vereinigung, 81 Sozialdemokraten, 9 Elsässern, 16 Polen, 3 Welfen, 7 Bauernbund und Landwirtebund, 1 Dänen, 11 Wilden.

Ein ungemein reger Depeschendienst zwischen Berlin und Kiel hat aus Anlaß der Stichwahlen in der Nacht zum Freitag und am Freitage selbst stattgefunden. Der Kaiser, welcher zur Regatta in Kiel weilt, hatte Anweisung gegeben, daß er von jeder perfekten Stichwahl sofort telegraphische Nachricht erhalte. Infolgedessen wurde von der amtlichen Zentralstelle jedes authentische Wahlresultat nach Kiel gemeldet, wo die Depeschen sofort dem Kaiser unterbreitet wurden. Gegen 10 Uhr vormittags wurde dem Monarchen das Gesamtresultat mitgeteilt.

Berlin, 27. Juni. An Wahlprotesten wird es auch diesmal nicht fehlen. So dürfte sich die konservative Behauptung, daß in Berlin die Wählerstimmen in großem Maßstabe gefälscht worden seien, zu einem Wahlprotest verdichten. Andererseits haben in Pommern große Wahlbeeinflussungen von konservativer Seite stattgefunden, die eine Prüfung durch den Reichstag erheischen. Ferner wird aus Aachen gemeldet, daß die Gültigkeit der dortigen Wahl von den Sozialdemokraten angefochten wird. Die Proteste dürften sich bald anhäufen.

Die Einlegung von Wahlprotesten muß spätestens am zehnten Tage nach Eröffnung des neuen Reichstags an das Bureau des Deutschen Reichstags, Berlin NW., Königsplatz, erfolgt sein. Proteste, die auch nur um einen Tag verzögert werden, bleiben unberücksichtigt. Gegenproteste aber sind an eine Frist nicht gebunden, sofern sie vor der ersten Behandlung der betreffenden Wahl in der Wahlprüfungskommission eingegangen sind. Zur Anfechtung einer Wahl, also zur Einreichung eines Protestes, ist jeder Wahlberechtigte befugt. Im übrigen ist folgendes zu beachten: Allgemeinen Protestbehauptungen wird vom Reichstag grundsätzlich keine Bedeutung beigelegt; ebenso bleiben Behauptungen, für welche die Beweismittel nicht angegeben sind, unberücksichtigt. Der Vorgang, der den Gegenstand der Beschwerde bildet, muß klar und präzis dargestellt sein. Die Zeugen sind nach Vor- und Zunamen, Stand, Wohnort, bez. Wohnung zu bezeichnen; von Amtswegen stellt der Reichstag keine Ermittelungen an. Bei Beschwerden über Rechtsverletzungen von Behörden ist der Nachweis erforderlich, daß versucht worden ist, im geordneten Beschwerdeverfahren Abhilfe zu erlangen. Hierzu genügt, daß die nächsthöhere Instanz angerufen worden ist. Es ist zu empfehlen, die Beschwerdepunkte im Interesse der Uebersichtlichkeit zu numerieren.

Als einziger Nationalsozialer ist Herr von Gerlach in Marburg gewählt worden. Entscheidend war bei der Stichwahl das Eintreten der Sozialisten, sowie der Zentrumspartei für denselben. Während der konservative Kandidat eine Erklärung über das Jesuitengesetz abgelehnt hatte, sprach sich Herr v. Gerlach in Widerspruch mit der Haltung Naumanns gegenüber der Zentrumspartei und dem Jesuitengesetz für die Aufhebung des Jesuitengesetzes aus. Das hat ihm die Zentrumspartei durch seine Wahl gedankt.

Nur eine Nachwahl ist erforderlich: In Württemberg haben zwar zwei Wahlkreise einen Bündler Namens Vogt gewählt. Es handelt sich aber um zwei verschiedene Abgeordnete desselben Namens.

Von den neu in den Reichstag gewählten Abgeordneten sind 84 Doppelmandatare, d. h. sie haben im Reichstage wie im preußischen Abgeordnetenhause einen Sitz; das Zentrum hat in seiner Mitte 34, die Konservativen 21, die Nationalliberalen 9, die Reichspartei 8, die freisinnige Volkspartei 5, die Polen 4, die freisinnige Vereinigung 1 (Gothein), die Antisemiten 1 (Werner), die Dänen 1 (Jessen).

Der Alterspräsident des neuen Reichstags wird, wie schon mitgeteilt, Abg. v. Winterfeld-Menkin (kons.) sein. Er steht im 76. Lebensjahre. Das jüngste Mitglied bleibt Abg. Rosenow (Soz.), im 33. Lebensjahre stehend. Er ist das jüngste Mitglied bereits seit 1898. Die sozialdemokratische Fraktion soll, wie verlautet, beabsichtigen, für das Amt des 1. Vizepräsidenten einen Genossen zu präsentieren. Sie hofft, da das Haus zu Beginn nie allzu zahlreich besucht wird, den Genossen auf den Präsidentensessel zu setzen.

Wahlbetrügereien. Die „Post" schreibt: Am Stichwahltage veröffentlichte der „Vorwärts" ein schwülstiges Gedicht, in welchem die Märzgefallenen aus ihren Gräbern zitiert wurden, um sich des „roten" Sieges zu freuen. Bei dieser poetischen Zitierung der Geister Verstorbener ist es nicht geblieben, auf sozialdemokratisches Gebot sind auch in der Wirklichkeit erst kürzlich verstorbene Tote, die noch in den Wahllisten standen, aus den Gräbern heraufbeschworen, um als „Genossen" an die Urne zu treten. Von den verschickten Briefen an die 81000 Wähler des zweiten Berliner Wahlkreises sind etwa 5000 als unbestellbar zurückgekommen mit der Bemerkung wie: „Adressat verstorben, A. unbekannt verzogen, A. verzogen nach (Angabe des Ortes)." Von diesen 5000 verzogenen oder verstorbenen Adressaten haben aber nichtsdestoweniger rund 1000 gewählt! Unter diesen Wählern befindet sich z. B. der seit längerer Zeit in Swinemünde weilende Kaufmann Hoekscher, auf dessen Namen am 16. Juni gewählt worden ist, obgleich Hoekscher am Wahltage gar nicht in Berlin geweilt hat, ferner der Chemiker Auerbach, welcher seit 4 Wochen in der Ratsapotheke in Thorn tätig ist, auf dessen Namen aber ebenfalls am 16. Juni gewählt worden ist. Höchst merkwürdig ist es, daß im Hause Blücherstraße 67 sieben Wahlberechtigte verzogen waren, unbekannt wohin, und daß diese sieben dennoch sämtlich gewählt haben. Im 95. Bezirke ereignete sich der wunderbare Fall, daß auch ein Wähler sein Wahlrecht ausgeübt hat, obgleich er im Gefängnisse zu Tegel saß! Wie bereits erwähnt, sind sogar Tote herangeschleppt. Wir führen hier einige Namen und Adressen an, welche beweisen, in welch' einem Umfange der unerhörteste Wahlschwindel von den „Genossen" betrieben ist. Es wählten im 95. Bezirk: Heinrich, Gottlieb, Invalide, Möckernstraße 94 (befindet sich im Gefängnis Tegel). 92. Bezirk: Glatte, Ernst, Referendar, Teltowerstr. 16 (verstorben). 24. Bezirk: Schmidt, Gottfried, Korbmacher, Anhaltstraße 7 (verstorben). 145. Bezirk: Robert, Karl, Arbeiter, Dieffenbachstr. 68 (verstorben). 125. Bezirk: Horn, Wilhelm, Kaufmann, Zossenerstr. 40 (nach Stuttgart verzogen!). 34. Bezirk: Ettlich, Ernst, Maurer, Puttkamerstr. 17 (nach Drewitz bei Wittenberg verzogen!). 119. Bezirk: Roller, Walter, Lithograph, Solmsstr. 30 (nach Heilbronn verzogen!). 93. Bezirk: Kampschmieder, Maler, Teltowerstr. 28 (nach Magdeburg, Brandenburgstr. 2a, b. Jäger verzogen!). 64. Bezirk: Fehr, Ernst, Kaufmann, Dennewitzstr. 9 (unbekannt verzogen). 129. Bezirk: Bote, Heinrich, Rentier, Planufer 17 (nach Grünheide i. M. verzogen!). 77. Bezirk: Krause, Wilhelm, Kaufmann, Kirchbachstr. 7 (nach Köln verzogen!). Da bereis Anzeige erstattet wurde, wird wohl die eingehende Untersuchung dieser sauberen Manöver nicht lange auf sich warten lassen. Es ist auch bereits Protest gegen die Wahl eingelegt.

Sozialdemokratische Geschäftspolitiker. Das konserv. „Vaterland" schreibt: Wenn man sich die 23 Vertrauensmänner, welche von der Sozialdemokratie in diesem Jahre als Kandidaten für den Reichstag in Sachsen aufgestellt wurden, auf ihren Beruf ansieht, so findet man darunter 4 Redakteure von Parteiblättern (Fischer, Dr. Gradnauer, Schöpflin, Goldstein), 3 Zigarrenfabrikanten (Kaden, Geyer, Hofmann), die für Konsumvereine unter sozialdemokratischer Leitung liefern und 1 Webwarenfabrikanten (Grünberg), der für solche Vereine Säcke fabriziert, ferner 3 Schriftsteller (Expfarrer Göhre, Schippel, Rosenow); diese machen in „Aufklärung", 2 Gastwirte (Nitzschke, Stolle), bei denen ihren Durst zu löschen „Ehrenpflicht" der Genossen ist und 2 Parteibeamte (Auer, Gerisch). Weiter finden wir 1 Kassierer einer sozialdemokratischen Zeitung (Grerz), 1 Buchhalter (Sinderwann), 1 Lagerhalter (Höppner), 1 Töpfer (Fräßdorf), der aber seit Jahren von seinen Parteifreunden zum Vorsitzenden der Dresdner Ortskrankenkasse gewählt wurde und 1 Buchhändler (Lipinski), der hauptsächlich Parteischriften vertreibt. Es bleiben also nur noch 3 übrig, von denen uns nicht bekannt ist, ob ihnen die Zugehörigkeit zur Sozialdemokratie etwas abwirft. Bei den anderen 20 ist dies unzweifelhaft der Fall, bei diesen deckt sich die politische Ueberzeugung mit dem Geschäftsgewinn.

Zur Reichstagswahl schreibt man dem „Dr. Anz.": „Kein Wahlkuriosum, sondern ein bitter ernstes Zeichen, zu welch' traurigen Konsequenzen kleinliche Eifersüchteleien und verbissener Oppositionsgeist privater Natur im öffentlichen Leben führen können, ist folgender Fall aus einem Orte des Erzgebirges, der notorisch ist. Das „Oberdorf" tut von jeher nie, was das „Unterdorf" für gut befindet, und umgekehrt. Als der Kandidat im Unterdorfe sich vorstellte, kam kein Einziger aus dem Oberdorfe in die Versammlung. Dabei war der ganze Ort durchaus bäuerlich, und bei der Hauptwahl wurde demgemäß keine einzige sozialdemokratische Stimme abgegeben, aber von den zwei gewissermaßen zur Auswahl stehenden Kandidaten der Ordnungsparteien wurde eben im Oberdorfe der eine, im Unterdorfe der andere gewählt. Nun ging es zur Stichwahl — und das Unglaubliche geschah. Ehe sie das Gleiche taten, was ihre auf dem gleichen staatserhaltenden Boden stehenden Gemeindemitglieder im anderen Ortsteile machten, indem sie logischerweise dem Ordnungsmanne ihre Stimme gaben, wählte der eine Ortsteil lieber sozialdemokratisch, und so ergaben sich plötzlich bei der Stichwahl einige 40 rote Zettel in einem Bauerndorfe, das früher keinen einzigen Sozialdemokraten hatte und auch heute noch nicht hat. Dabei spielte man auf das Frivolste mit dem Feuer, denn die Entscheidung stand auf des Messers Schneide. Der Sozialdemokrat kam schließlich mit einiger Mehrheit durch und wird sich darüber ins Fäustchen lachen, daß die Saat der Zwietracht seiner Gegner ihm zu so schönem Erfolge verholfen hat!"

* Thorn, 27. Juni. Gestern abend ging das Gerücht, der deutsche Kandidat Graßmann sei gewählt, worauf sich Tausende von Polen in den Straßen ansammelten und unter Gejohle und Geschrei vor die Redaktion der „Gazeta Torunska" zogen, wo sie Hochrufe auf den polnischen Kandidaten Brejski ausbrachten. Die Schutzleute wurden tätlich angegriffen und mußten blank ziehen; mehrere Personen wurden verhaftet.

Aus Celle meldet man der „Nat.-Ztg.": In unserem Wahlkreise ist es fraglich, ob der seitherige nationalliberale Abgeordnete Wehl oder der Welfe v. Hodenberg durchgedrungen ist. Am Montag wird die amtliche Entscheidung darüber fallen.

Telegraphische Korrespondenz.

Kiel, 28. Juni, nachm. Heute fand an Bord der „Hohenzollern" Gottesdienst statt. Der Kaiser nahm an Bord des „Meteor", die Kaiserin an Bord der „Iduna" an der Regatta teil. (Vergl. übrigens „Vermischtes".)

Neustrelitz, 28. Juni, abends. Aus Anlaß der Diamanthochzeit des Großherzogspaares haben größere Festlichkeiten nicht stattgefunden, da wegen der Krankheit des Großherzogs fremde Fürstlichkeiten nicht erschienen waren. Die prächtig geschmückte Stadt Neustrelitz bot ein selten festliches Bild. Gestern abend fand bereits Zapfenstreich der hiesigen Garnison statt. Heute früh wurde dem Großherzoglichen Paare vor dem Schloß von der Militärkapelle ein Ständchen gebracht. Es folgte das große Wecken und dann wurde ein Feldgottesdienst abgehalten. Mittags versammelte sich eine große Menschenmenge vor dem Schloß. Das Großherzogliche Paar erschien am Fenster und der greise Fürst dankte für die Beweise reger Anteilnahme und Anhänglichkeit. Nachmittags fand ein Volksfest statt und abends beschloß eine Illumination die Feierlichkeiten.

Wien, 28. Juni, abends. Kaiser Franz Joseph empfing heute die aus dem Amte geschiedenen ungarischen Minister, unter ihnen den ehemaligen Ministerpräsidenten v. Szell, in Abschiedsaudienz und sprach ihnen in warmen Worten seinen Dank für die langjährigen, aufopferungsvollen Dienste aus. Hierauf fand die Vereidigung des Ministerpräsidenten Grafen Khuen, des Honvedministers Generalmajors Kolosvary und des Ministers für Kroatien, Prof. Tomasics statt. Der Kaiser empfing dann die neuen Minister in feierlicher Audienz und hielt eine kurze Ansprache an sie.

Rom, 28. Juni, abends. Die Versammlung der Vereinigung der Handelskammern nahm eine Tagesordnung an, in welcher erklärt wird, sie halte Kampfzölle im Hinblick auf die Erneuerung der Handelsverträge mit Oesterreich-Ungarn, Deutschland und der Schweiz nicht für opportun. Weiter wurde der Vorstand der Vereinigung beauftragt, zu prüfen, ob und welche Aenderungen an den bezüglichen Vorschlägen der Handelskammern vorzunehmen seien. An die Staatsverwaltung sei das Verlangen zu stellen, den besonderen neuen Forderungen einiger Industriezweige zu entsprechen. — Die Deputiertenkammer hat sich heute auf unbestimmte Zeit vertagt.

Toulon, 28. Juni, abends. Das russische Torpedoboot Nr. 120 ist an der Esterel-Küste auf eine Algenbank aufgefahren. Von Toulon sind Schiffe zur Hilfeleistung abgegangen.

Dünkirchen, 28. Juni, abends. Zwischen Klerikalen und Antiklerikalen kam es hier heute vor den Kirchen zu Zusammenstößen. Das Militär stellte die Ordnung wieder her. Mehrere Personen wurden verhaftet.

Petersburg, 28. Juni. In einer längeren Ausführung erklärt der „Westnik finanssow", die Aeußerungen der Presse bezüglich der Reichsratsberatungen über das Staatsbudget 1903 und der bei dieser Gelegenheit von dem Finanzminister Witte ausgesprochenen Ansicht, die russische Eisenbahnwirtschaft ergebe Verluste, beruhten auf einem Mißverständnis. Durch eine weitere Entwickelung des Eisenbahnnetzes drohe dem Staatsbudget nicht nur keine Gefahr, sondern es sei im Gegenteil zu erwarten, daß dieselbe zur Erhaltung des Gleichgewichts des Staatsbudgets beitragen werde.

Athen, 28. Juni. Siebenundachtzig delyannistische Deputierte, die sich bei Delyannis versammelten, erklären sich mit der Politik des zurückgetretenen Kabinetts solidarisch und beschlossen, seine Politik gegen das neue Kabinett zu unterstützen. Das neue Kabinett wird sich der Kammer am Montag vorstellen.

Konstantinopel, 28. Juni, abends. Auf Anweisung aus Belgrad verläßt der hiesige serbische Gesandte Konstantinopel nicht, sondern verbleibt bis zum Eingang weiterer Anordnungen. — König Peter von Serbien teilte dem Sultan telegraphisch seinen Regierungsantritt mit. Der Sultan antwortete auf die Mitteilung mit freundschaftlichen Worten. — Seit den Bandenkämpfen, über welche die Pforte den Botschaften Mitteilung machte, haben bis zum 18. d. sechs neue Bandenkämpfe stattgefunden. — Auf der Verbindungsbahn Salonichi—Konstantinopel explodierte vorgestern abend vor der Station Demir-Beyli eine Dynamitbombe. Die Geleise und eine Lokomotive wurden beschädigt, Personen wurden nicht verletzt. Die Untersuchung ist eingeleitet. Einige Bulgaren wurden verhaftet.

Yokohama, 28. Juni. Nach einer Meldung aus Söul ist dort vom Ya-Lu-Fluß ein Bericht eines koreanischen Militärbeamten eingelaufen, wonach 150 russische Soldaten diesen Fluß überschritten haben und jetzt in der Nähe desselben an zwei Punkten stationiert sind.

New-York, 27. Juni, abends. (Schluß-Notierungen.) Börsenbericht. Während des heutigen Börsenverlaufes war die Tendenz bei äußerst eingeengtem Verkehr schwankend. Fest lagen Pennsylvania-Aktien auf das günstige Subskriptionsresultat. Die allgemeine Zurückhaltung hat ihren Grund in den Anforderungen, die am 1. Juli an den Geldmarkt für Dividendenzahlungen gestellt werden, und in den bisher unbestimmten Nachrichten über die Ernteaussichten. Schluß stetig. Der Umsatz der Aktien betrug 150000 Stück. Geld auf 24 Stunden Durchschn.-Zinsrate nom., do. Zinsrate für letztes Darlehn des Tages nom. Wechsel auf London (60 Tage) 4,84,87. Cable Transfers 4,87,87. Wechsel